

BESCHLUSS

aus der 18. Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung
am Mittwoch, 01.03.2023

öffentliche Sitzung

3. **Antrag der SPD-Fraktion vom 14.02.2023, eingegangen am 15.02.2023** **AT-2023-0002**
hier: Anpassung/Erhöhung der Zahlungen für Mietneben- und lfd. Kosten bei Flüchtlingsunterbringungen

Trotz zinspolitischer Maßnahmen durch die Europäische Zentralbank (EZB) hat sich die Inflationssituation nicht deutlich entschärft. Die Inflationsrate in Deutschland betrug im Januar 2023 rund 8,7%. Auch deshalb besteht insbesondere bei den Flüchtlingen weiterhin ein erheblicher Kostendruck für Nachzahlungen aus der Jahresabrechnung der Mietnebenkosten bzw. den aktuell laufenden Kosten, zu denen beispielsweise Strom, Gas, Öl, Ver- und Entsorgung gehören.

Wir fordern daher den **Magistrat** dringend auf, Gespräche mit dem **Wetteraukreis**, Land Hessen und dem **Bund** zu führen und dafür zu sorgen, dass die gewährten Sozialleistungen schnellstmöglich an die derzeitige Kosten-situation der Flüchtlinge bei einer Flüchtlingsunterbringung angepasst wird.

Abstimmungsergebnis:			
Anwesende Gremiumsmitglieder:	27	Nein-Stimmen:	0
Ja-Stimmen:	27	Stimmenthaltungen:	0